



Entwicklung eines politischen Bildungsangebots für geflüchtete Menschen in Deutschland

Ein Abschlussbericht über die Workshop-Reihe „Politische Bildung mit und für Geflüchtete“



Foto: CC0

Erstellt von

Anja Stahl, Flüchtlingsrat Herne
Tim Zosel, Universität Duisburg-Essen

Unter Mitwirkung von

Kathi Engelbert, Universität Duisburg-Essen
Linda Merse, Heinrich Böll Stiftung NRW

August 2016

Inhalt

1. Einleitung und gesellschaftlicher Kontext	1
Politische Bildung und die Zielgruppe der Geflüchteten	1
I) Öffentliche und freie Träger	1
II) Selbstorganisierte Träger	2
2. Konzeption der Workshop-Reihe	3
3. Zusammensetzung der Gruppe	3
4. Ergebnisse der Workshop-Reihe	4
I) Vorgehen in der Erarbeitung der Ergebnisse	4
II) Themen	4
Rassismus	5
Bürger*innen mit Geflüchteten in Kontakt bringen	5
Empowerment von Geflüchteten	6
5. Konzepte	6
Kabarett, Karneval & Mülltrennung	6
Bildung, Kinder & Frauen	7
Gemeinsamer Austausch, Begehen und Erfahren	7
Verbesserung der Bildungschancen für Kinder	8
Koordinierung und Ausbildung des Ehrenamts	8
Erleichterung des psychologischen Drucks	8
Berufliche Perspektiven und Angebote	9
Rassismus-Bewusstsein stärken	9
Säkularismus und Verfolgung	9
Gemeinsame Sketche	9
6. Zielgruppenbesonderheiten	9
7. Diskussion und Einordnung	10
I) Zielgruppe	10
II) Das Politische einer politischen Bildung mit Geflüchteten	11
III) Ungleichheit und politische Bildung mit Geflüchteten	11
8. Evaluation und Ideen zur politischen Bildung mit und für geflüchtete Menschen .	12

1. Einleitung und gesellschaftlicher Kontext

Im Jahr 2015 sind etwa eine Millionen Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Die Aufnahme und Integration so vieler Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Erfahrungen und Identitäten, stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Auch für die Institutionen der politischen Bildung bedeutet dies, dass damit zunehmend eine neue Zielgruppe in den Fokus rückt, die bisher wenig in den Blick genommen oder erreicht wurde.

Damit Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft gelingt, müssen Strategien entwickelt werden, die eine integrierende Politik ermöglichen. Hierbei kann und sollte die politische Bildung einen wichtigen Beitrag leisten. Sie kann Brücken bauen, Gräben und Vorurteile abbauen und zu einem besseren Verständnis und gegenseitigem Respekt beitragen.

Aber, was genau muss politische Bildung für Geflüchtete leisten, welche Bedürfnisse und Erwartungen haben sie in diesem Bereich und welche Erfahrungen bringen sie mit? Um ein zielführendes Angebot der politischen Bildung für Geflüchtete zu entwickeln, müssen vorab diese Fragen diskutiert und geklärt werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung NRW hat daher eine Workshop-Reihe ins Leben gerufen, in der genau diese Fragen beantwortet werden sollten. Weiterbildner*innen, Geflüchtete und Unterstützer*innen arbeiteten im Frühjahr 2016 zu diesem Thema. Dieser Bericht dokumentiert die Ergebnisse der Workshop-Reihe und möchte zur Debatte in diesem recht neuen Themenfeld anregen.

Politische Bildung und die Zielgruppe der Geflüchteten

I) Öffentliche und freie Träger

Die öffentlichen Träger der außerschulischen politischen (Erwachsenen-)Bildung sind bisher kaum auf die Zielgruppe der Geflüchteten ausgerichtet. Gerade weil Migration eigentlich kein neues Phänomen ist, zeigt die aktuelle Emsigkeit dieser Träger, dass hier Nachholbedarf besteht. So richten die Bundeszentrale, die Landeszentralen und die Volkshochschulen ihre Programme zunehmend auf Geflüchtete aus: einerseits informieren sie ein breites Publikum über die Thematik, also über Geflüchtete und deren Fluchtwege sowie die damit zusammenhängenden politischen Maßnahmen (Grenzschließungen, Gesetzesänderungen etc.), andererseits rückt die Zielgruppe der Geflüchteten selbst in den Fokus. Das geschieht nach unserer Beobachtung durchaus mit unterschiedlichen Intentionen: zum einen sollen die Geflüchteten selbst befähigt werden, für ihre gesellschaftlichen und politischen Rechte zu streiten und dafür einzustehen (Empowerment), zum anderen wird angenommen, dass viele noch keine Erfahrungen demokratischer Partizipation mitbringen oder zum Beispiel ein antiquiertes Frauenbild hätten. Dementsprechend werden auch die Publikationen und Angebote konzipiert.

Auf der Seite der freien Träger, hier insbesondere der parteinahen Stiftungen, sind unterschiedliche Ansätze wahrzunehmen. Die Heinrich-Böll-Stiftung auf Bundesebene hat beispielsweise Animationsfilme zu Teilhabe und Toleranz produziert, die in mehreren Sprachen verfügbar sind (Zusammenleben in Deutschland unter <https://www.boell.de/de/2016/01/19/zusammenleben-deutschland>). Auch Organisationen, wie beispielsweise der DGB oder *Terres des Femmes* haben auf die Flüchtlingssituation reagiert. So wurde im



Rahmen des DGB-Projektes *Gute Arbeit für Flüchtlinge* eine Reihe von vier arbeitsrechtlichen Themen-Flyern entwickelt, die sich an Geflüchtete richten (https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/auswahl.php?volltext=gef%FCchtete).

Genauso informiert *Terres des Femmes* über Gleichstellung und Frauenrechte in verschiedenen Sprachen (<https://www.frauenrechte.de/online/index.php/tdf-online-shop/product/229-flyer-gleiche-rechte-fuer-frauen-und-maenner-10er-packung>).

Einerseits helfen diese Leitfäden und Infofilme den geflüchteten Menschen, sich zu orientieren und an Informationen zu kommen, die ihre Handlungsspielräume erweitern können. Sie können somit als eine Starthilfe für politische Teilhabe gesehen werden. Andererseits wird hier häufig ein idealisiertes Deutschlandbild gezeigt, das dem Abgleich mit der Realität durch die Geflüchteten möglicherweise nicht Stand hält. Wird dann mit dem erhobenen pädagogischen Zeigefinger ebenso idealistisch angemahnt, dass sich Geflüchtete an einen Regelkanon zu halten haben, ist die Glaubwürdigkeit womöglich dahin, und die Chancen für politische Partizipation sind vergeben. Unser Ansatz der gemeinsamen Arbeitsgruppe überwindet dieses Missverhältnis und setzt darauf, den persönlichen Kontakt zu stärken und die Menschen mit ihren Erlebnissen in den Austausch zu bringen. Denn für politische Teilhabe ist die Netzwerkbildung entscheidend, auch um Teilhabebarrrieren überwinden zu können.

II) Selbstorganisierte Träger

Im Bereich der Angebote politischer Bildung für Geflüchtete sind insbesondere die selbstorganisierten und nicht-institutionalisierten Träger wie Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen zu nennen. Neben vielen lokalen Gruppen und Initiativen sind auf Bundesebene Organisationen, wie *Pro Asyl* oder *Amnesty International* hervorzuheben und auf Länderebene die Landesflüchtlingsräte. Diese setzen sich öffentlichkeitswirksam für die Rechte von Geflüchteten ein, arbeiten Informationen und Materialien auf und leisten Netzwerkarbeit. Durch ein besseres Verständnis der komplexen Situationen und Rahmenbedingungen sowie durch eine Vernetzung und der damit einhergehenden Bündelung von Interessen, leisten sie einen wichtigen Beitrag für mehr Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten.

Weitere wichtige Akteure der informellen politischen Bildung stellen die Migrant*innenselbstorganisationen dar. Hier sind Initiativen wie *Jugendliche ohne Grenzen*, *Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* oder *Women in Exile* zu nennen. Sie setzen sich für die Rechte von Geflüchteten ein und leisten konkrete Hilfe. Die Betroffenen kommen hier selbst zu Wort, durch ihre sprachlichen und kulturellen Diversitäten erreichen sie andere Geflüchtete einfacher und können somit leichter Brücken bauen, andere Betroffene ermutigen und neue Teilhabemöglichkeiten schaffen.

Auch aus diesem Kreis sind diverse Ratgeber erschienen, die Geflüchteten in Deutschland das Ankommen erleichtern, ihnen helfen, sich zu orientieren und über verschiedene Themen informieren. Exemplarisch kann hier der *Refugee Guide* genannt werden (www.refugeeguide.de). Dieser enthält viele praktische Tipps zum Leben in Deutschland, über das gesellschaftliche Zusammenleben, Formalitäten oder Umweltschutz.



2. Konzeption der Workshop-Reihe

Die Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen startete im Herbst 2015 mit der Konzeption der Workshop-Reihe. Das grobe Konzept sah eine insgesamt 20-stündige Arbeitsphase mit mehreren Terminen vor, mit dem Ziel, ein Bildungsangebot im wechselseitigen Austausch zu entwickeln. Die Intention war es, grundlegende Erkenntnisse für die politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten zu gewinnen, die auch anderen Trägern zur Verfügung gestellt werden können. Folgende Fragestellungen sollten dabei berücksichtigt werden:

- **Was genau muss politische Bildung für Geflüchtete leisten?**
- **Welche Bedürfnisse und Erwartungen haben die Geflüchteten?**
- **Welche Inhalte können mit welchen Methoden sinnvoll vermittelt werden?**
- **Was können wir von Geflüchteten und ihren Kulturen lernen und in die politische Bildung einbringen?**

Die Arbeitsgruppe traf sich zu fünf Terminen zwischen Februar und Mai 2016.

3. Zusammensetzung der Gruppe

Zur Entwicklung eines differenzierten Bildungsangebots sollte die Gruppe aus Menschen mit Fluchterfahrung, Engagierten in der Flüchtlingshilfe, Interessierten und Weiterbildner*innen zusammengesetzt sein.



Die Workshop-Gruppe beim Auftakt 2016



Inklusive der Workshopleitung bestand die Gruppe aus 13 Personen im Alter zwischen 23 und 70 Jahren. Darunter waren sechs Menschen mit Fluchterfahrung, wovon drei aus Syrien und jeweils eine Person aus Bangladesch, Gambia und der Republik Kongo stammen. Fünf davon haben eine Aufenthaltserlaubnis, und eine Person lebt seit neun Jahren mit Duldung in Deutschland, ist also jederzeit von Abschiebung bedroht. Die Teilnehmenden mit Fluchterfahrung sind in unterschiedlichen Kontexten politisch aktiv, darunter bei *Jugendliche ohne Grenzen NRW* (JOG, www.jugendliche-ohne-grenzen.de), beim *Düsseldorfer Aufklärungsdienst* (www.aufklaerungs-dienst.de) sowie in der Region bei lokalen Flüchtlingsinitiativen und Vereinen. Zwei der Teilnehmenden ohne Fluchterfahrung sind in der Flüchtlingshilfe engagiert, zum einen bei *Hispi – das Lernhaus* (www.facebook.com/Hilfe.in.der.sprachlichen.Integration) und zum anderen bei *Ruhrorter*, einem Theaterprojekt in Mülheim an der Ruhr (www.ruhrorter.com). Von der Heinrich Böll Stiftung NRW selbst nahmen die Geschäftsführerin Iris Witt sowie die Bildungsmanagerin Anna Tötter teil. Die Workshop-Reihe wurde geleitet von Anja Stahl, Dipl. Politikwissenschaftlerin und Sprecherin des Flüchtlingsrat Herne und Tim Zosel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Duisburg-Essen, tätig im Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung am Institut für Berufs- und Weiterbildung.

4. Ergebnisse der Workshop-Reihe

I) Vorgehen in der Erarbeitung der Ergebnisse

Zu Beginn haben wir in der Gruppe über die persönlichen Erfahrungen mit dem Themenfeld Flucht und Politik gesprochen. So wurde deutlich, dass sich die meisten Teilnehmenden mit Fluchterfahrung bereits durch deutsche Behörden diskriminiert sahen und die Verhandlung ihres Status' als intransparenten Prozess wahrnahmen. Diese Erfahrungen und Problematisierungen waren maßgeblich für die weitere Erarbeitung von politischen Bildungsangeboten im Rahmen unserer Workshop-Reihe. Zudem stand zu Beginn der Arbeit die Frage im Mittelpunkt, was politische Bildung ist und wie wir sie im Rahmen des Workshops so verstehen können, dass sie für alle Teilnehmenden greifbar wird. Insbesondere weil politische Bildung im internationalen Vergleich keine einheitliche Bezeichnung, Programmatik oder entsprechende Institutionalisierung aufweist, hatten gerade die Teilnehmer*innen mit Fluchterfahrung einen großen Diskussionsbedarf, den wir in der Arbeitsgruppe aufgenommen haben.



II) Themen

Nach einem intensiven Kennenlernen wurden die drängendsten Probleme diskutiert und anschließend in drei Kleingruppen weiterbearbeitet. Hier sind vor allem drei Themenfelder und spezifische Themen, Formate und Umsetzungsideen zu nennen:



Rassismus

Der Themenkomplex Rassismus ist hervorzuheben, weil offenbar alle Teilnehmenden mit Fluchterfahrung Opfer rassistischer Praktiken geworden sind, zum einen im Alltag, zum anderen aber auch durch die Institutionen. Ein besonderes Ziel dieser Themengruppe war dann auch v.a., demütigende Strukturen aufzudecken und anzuprangern. Im Einzelnen bezogen sich Umsetzungsideen auf diese Problemlagen:

- a. *Deutsche Bürokratie*
Egal ob bei Ämtergängen, Formularausfüllen, Wohnungssuche oder Arztbesuchen, fehlende Informationen und Sprachkenntnisse stellen viele Geflüchtete vor große Herausforderungen und führen zu Verunsicherungen. Durch Patenschaften, Sprach- und Kulturmittler*innen oder Informationsmaterialien sollen Geflüchtete im Alltag gestärkt werden.
- b. *Rassismus, Polemik, Hetze gegen Geflüchtete*
Dies bezieht sich vor allem auf Demonstrationen rechter Gruppen, brennende Unterkünfte von Geflüchteten und generell auf die alltäglichen Anfeindungen, denen Geflüchtete ausgesetzt sind. Unter Geflüchteten besteht darüber hinaus ein Bewusstsein für die rassistischen Ausschreitungen und Strukturen insbesondere in östlichen Teilen Deutschlands.
- c. *Verwehrung höherer Bildung durch das Jobcenter*
Vorhandene Qualifikationen dürfen/können oft nicht eingesetzt werden. Neben bürokratischen Vorgaben oder mangelnden Nachweismöglichkeiten (Zeugnisse/Zertifikate etc.) spielen dabei aber auch oftmals Vorurteile eine Rolle (Jobcenter, Arbeitgeber), so forciert das Jobcenter oft eine schnelle Vermittlung in meist prekäre Arbeitsverhältnisse, ohne vorhandene Qualifikationen entsprechend zu berücksichtigen. Neben einer Sensibilisierung der Akteur*innen benötigt es auch strukturelle Lösungsansätze sowie Unterstützungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Bürger*innen mit Geflüchteten in Kontakt bringen

Übereinstimmender Konsens war, dass es vielerorts an Möglichkeiten mangelt, miteinander in den Dialog zu treten, um so Berührungsängste und Vorurteile zu überwinden. Entsprechend hat sich diese Themengruppe die unterschiedlichen Motivlagen von Mehrheitsgesellschaft und Geflüchteten angeschaut, Informations- und strukturelle Defizite benannt und Vorschläge zur Änderung erarbeitet. Hier wurden vor allem folgende Umsetzungsideen genannt:

- a. *Interkulturelle Interessengruppen/Themengruppen*
Hierbei handelt es sich um Konzeptideen, bei der nicht die Nationalität im Vordergrund stehen soll, sondern Gemeinsamkeiten über Grenzen hinweg, wie z.B. Mütter treffen Mütter
- b. *Austausch zwischen geflüchteten LGBTs und den etablierten LGBT-Gruppen in Deutschland*
Durch Diskussionsveranstaltungen, Interviews oder Portraits sollen Verständnis und ein sensibler Umgang mit Homo- und Transsexualität sowie Kontakte zwischen homo- und transsexuellen Geflüchteten und den lokalen LGBT-Communities geschaffen werden.



Empowerment von Geflüchteten

Kerngedanke dieser Themengruppe war, mit und zwischen Geflüchteten sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen Netzwerke zu bilden, um den individuellen, aber auch gesellschaftspolitischen Anliegen ein stärkeres Sprachrohr zu verleihen und Unterstützer*innen in der eigenen politischen Arbeit zu finden. Hier müssten vor allem die folgenden Themen berücksichtigt werden:

- a. *Unterschiedliche kulturelle Identitäten, nationale Identitäten, Verhältnis von Religionen und Atheismus*
Berührungspunkte durch mangelndes Wissen sollen abgebaut werden, damit sich Vorurteile nicht verfestigen. Durch Austausch und gemeinsame Projekte und Aktivitäten (von Ausflügen über Sport oder Kunst) sollen Ankommens- bzw. Integrationsmodelle entwickelt werden, die für alle bereichernd sind.
- b. *Verarbeitung von Gewalterfahrungen und Traumata*
Neben der strukturellen/politischen Ebene, wie dem Engagement für eine Krankenversicherung für alle Geflüchteten zur besseren und schnelleren Versorgung, steht dabei auch ein Empowerment-Ansatz für Betroffene im Vordergrund.

5. Konzepte

In einem letzten Schritt wurde an konkreten Bildungsangeboten für die politische Bildung mit Geflüchteten gearbeitet. Dabei galten folgende Leitfragen:

- Was ist das Bildungsangebot?
- Wie sieht das Format aus?
- An wen richtet es sich?
- Wo und wann sollte es stattfinden?

Überblicksartig können hier die folgenden Konzeptideen für die Bildungsarbeit mit Geflüchteten genannt werden. Die Reihenfolge entspricht dem Verlauf der Workshop-Sitzung, Überschneidungen sind naturgemäß möglich:

Kabarett, Karneval & Mülltrennung

Hier handelt es sich um einen Ansatz, der sich nicht nur an Geflüchtete, sondern auch an andere Neulinge vor Ort richtet. Im Fokus steht dabei das Ziel, die Begegnung und den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu ermöglichen und zu fördern. Kultur und Regeln der Stadt sollen Neuhinzugezogenen, aber auch sonstigen Interessierten, auf unterhaltsame Art und Weise näher gebracht werden. An einem Wochenende sollen die Teilnehmer einerseits durch Vorträge und Gruppenarbeiten und andererseits durch Ausflüge zu entsprechend wichtigen Orten Düsseldorfs an die Kultur der Stadt herangeführt werden. Die Aspekte Karneval und Kabarett stellen dabei zentrale Elemente dar, da sie einerseits typisch rheinländische Erscheinungen sind und somit automatisch einen Teil der deutschen Kultur näher bringen. Zudem sollen sie dem Ganzen einen



unterhaltsamen Charakter verleihen und gleichzeitig auf ihre Art und Weise politische Themen kritisch betrachten. Ausflüge könnten beispielsweise Besuche des Karnevalsmuseums oder des *Kommödchen* umfassen, wobei möglichst auch Gespräche mit Akteur*innen vor Ort angeboten werden sollen. Ein*e Übersetzer*in ermöglicht es auch denjenigen, die der deutschen Sprache (noch) nicht mächtig sind, an dem Wochenende teilzunehmen.

Bildung, Kinder & Frauen

Bessere Bildungschancen für Geflüchtete

Hier handelt es sich um ein Angebot, das Geflüchteten einerseits dabei helfen soll, ihre bereits erreichten Abschlüsse anerkennen zu lassen und ihnen des Weiteren ermöglichen, weitere Ausbildungen abschließen oder entsprechende Berufe ausüben zu können. Ein großes Hindernis dabei ist die Bürokratie, die in Deutschland herrscht. Um diese Hürde zu verringern, wäre es nötig, den Geflüchteten Begleiter*innen zur Seite zu stellen, die eine entsprechende Ausbildung erfahren haben und Geflüchtete somit in diesen Angelegenheiten unterstützen und beraten können.

Gleichberechtigung für geflüchtete Kinder

Das Konzept thematisiert den Status von hier geborenen Kindern von Geflüchteten. Es scheint ein verbreitetes Problem zu sein, dass Neugeborene geflüchteter Eltern, die ohne langfristigen Aufenthaltsstatus, Reisepass oder Personalausweis sind, in Deutschland keine Geburtsurkunde erhalten. Zudem erhalten sie oft nicht den gleichen Aufenthaltsstatus wie ihre Eltern. Um diesem Problem entgegenzutreten, müsste eine rechtliche Unterstützung der Betroffenen gewährleistet werden, sodass entsprechende Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage ausgeschöpft werden können.

Hilfe für Frauen, die Gewalt erfahren (haben)

Dieses Angebot soll sich sowohl an Frauen richten, die auf oder vor ihrer Flucht Gewalt erfahren haben, als auch an diejenigen, die nach wie vor Gewalt erfahren. Da vor allem geflüchtete Frauen oft Angst haben, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren, wenn sie ihren Mann oder diejenige Person, die sie gewaltsam behandelt, verlassen, muss zum einen über ihre Rechte und zum anderen über Hilfsangebote (bspw. Frauenhäuser), die es in Deutschland gibt, informiert werden. Dies könnte beispielsweise in Form von Seminaren und Vorträgen geschehen. Es müsste gleichzeitig aber auch eine Partnerschaft mit einer Hilfsorganisation bestehen, sodass gefährdete Frauen direkt und verlässlich an eine zuständige Stelle weitergeleitet werden können.

Gemeinsamer Austausch, Begehen und Erfahren

Ziel dieses Konzepts ist es, unterschiedliche Kulturen und Religionen zum gemeinsamen Austausch zusammenzubringen und die Barrieren sowie das Misstrauen zwischen ihnen abzubauen. Dieses Angebot richtet sich sowohl an Menschen mit als auch ohne Fluchterfahrung. Dazu sollen regelmäßig kleine Veranstaltungen zu bestimmten Themen – Demokratie, Familie, Religion, Verkehr, Ökologie – angeboten werden. In kleiner Runde soll dann besprochen werden, wie bestimmte Aspekte in unterschiedlichen Kulturen betrachtet und behandelt werden und somit auch die deutsche Kultur nähergebracht werden. So soll Missverständnissen und Konflikten vorgebeugt und ein friedlicher Umgang mit unterschiedlichen Kulturen herbeigeführt werden. Angeregt werden soll der gemeinsame Austausch durch das



gemeinsame Begehen von bedeutsamen Orten – politische Gebäude, Denkmäler, alternative Kneipen – in der Stadt. Durch unterschiedliche, beispielsweise künstlerische, Gruppenaktionen können Sprachbarrieren umgangen werden, die in der Diskussion vermutlich eine größere Hürde darstellen und gegebenenfalls durch Übersetzungsdienste überwunden werden müssen.

Verbesserung der Bildungschancen für Kinder

Dieser Ansatz wendet sich an nach Deutschland geflüchtete Kinder. Diese sollten ganz besonders gefördert werden, sodass ihnen die gleichen Chancen teil werden wie Kindern ohne Fluchterfahrung. Erfahrungsgemäß können gut ausgebildete und integrierte Kinder ihren Eltern, denen das Lernen einer neuen Sprache und das Anpassen an eine fremde Kultur häufig schwerer fallen, bei deren Integration helfen. Deshalb muss ganz besonders in die Chancenverbesserung eben dieser Kinder investiert werden. Hierzu muss es nachmittags oder am Wochenende außerschulische und günstige/kostenlose Bildungsangebote geben, die den Kindern helfen, die Sprache schnell und gut zu lernen und schulische Hürden leichter zu überwinden.

Koordinierung und Ausbildung des Ehrenamts

Dieses Konzept konzentriert sich auf die Verbesserung des Ehrenamts, insbesondere hinsichtlich der Unterstützung geflüchteter Menschen in amtlichen und rechtlichen Angelegenheiten. Hier zeigen sich nicht selten Wissenslücken und Kommunikationsschwierigkeiten bei den Ehrenamtlichen. Ein weiteres Hindernis ergibt sich oft dadurch, dass, je nach Wohlfahrtsverband und Zugehörigkeit der Ehrenamtlichen, unterschiedlich vorgegangen wird.

Um diese Hürden abzubauen, müssen Workshops und Schulungen zur Ausbildung der Ehrenamtlichen auf diesem Gebiet angeboten werden. Wichtig hierbei wäre, dass eine einheitliche Strategie je nach Problemstellung ausgearbeitet wird, da dies die Effizienz der Arbeit um einiges erhöhen würde. Die Anbieter dieser Seminare müssten sich im Vorhinein zudem mit Mitarbeiter*innen des Jobcenters und anderen betroffenen Stellen in Verbindung setzen sowie gegebenenfalls ein Konzept zum Umgang mit unterschiedlichen Schwierigkeiten und Problemen ausarbeiten. Zusätzlich dazu wären regelmäßige Kommunikationstreffen, beispielsweise in Form eines runden Tisches, bei dem sich Ehrenamtliche unterschiedlicher Organisationen, Stadtteile etc. austauschen und absprechen können, sinnvoll. Um möglichst viele Ehrenamtliche zu erreichen, sollten entsprechende Schulungen möglichst an Wochenenden angeboten werden. Dazu könnte eine Koordinierungsstelle dafür sorgen, Ehrenamtliche dahin zu verweisen, wo ihre Arbeit am meisten gebraucht wird.

Erleichterung des psychologischen Drucks

Bei diesem Konzept steht im Mittelpunkt, ein Programm zu schaffen, das geflüchtete Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren beschäftigt und sie von ihrem psychologischen Druck ablenkt und einen Weg aufzeigt, mit diesem umzugehen.

Es handelt sich dabei um ein ungefähr zweimonatiges Programm, das von einer Art psychologischen Supportzentrum organisiert wird und, entsprechend den Bedürfnissen der Geflüchteten, Aktivitäten anbietet und organisiert. Diese Aktivitäten finden immer in Gruppen statt und können sehr unterschiedlich sein: von sportlichen Aktivitäten und Tanzabenden, über entspannende und erholende Erlebnisse, bis hin zu gemeinsamen Ausflügen in die Na-



tur oder ins Kino. Auch einfache gemeinsame Kochabende passen mit in das Programm. Begleitet werden soll das Ganze von einem*einer psychosozialen Betreuer*in.

Berufliche Perspektiven und Angebote

Dieses Konzept soll es Geflüchteten ermöglichen, ihre bereits erlangten beruflichen Qualifikationen anerkennen zu lassen und an weiteren Ausbildungsmaßnahmen und Praktika teilnehmen zu können. Dazu ist unter anderem eine Spezialisierung von Ehrenamtlichen notwendig, die sich in eben diesem Gebiet auskennen, Geflüchtete beraten und ihnen bei entsprechenden Bewerbungsverfahren und rechtlichen Hürden zur Seite stehen können.

Rassismus-Bewusstsein stärken

Bei diesem Ansatz handelt es sich um ein Konzept, Rassismus entgegenzuwirken und ihn außerdem der Gesellschaft bewusster zu machen und vor Augen zu führen. Dazu soll online eine Art Plattform, beispielsweise in einem sozialen Netzwerk, geschaffen werden, auf welcher Menschen, die Rassismus in Deutschland erfahren haben, jederzeit ihre Erfahrungen schildern können. Zur Unterstützung können dabei Videosequenzen, Texte und andere Darstellungsformen verwendet werden.

Säkularismus und Verfolgung

Hierbei handelt es sich um den Vorschlag von Veranstaltungen, die Säkularismus und Atheismus als Fluchtgrund näher beleuchten. Sowohl die Hintergründe in den einzelnen Ländern als auch die Situation von nicht-religiösen Menschen auf der Flucht und im Aufnahmeland sind hier zu beleuchten.

Gemeinsame Sketche

Die Idee dieses Konzepts ist es, Geflüchtete gemeinsam mit Einheimischen Sketche entwerfen zu lassen und dabei Themen des Lebens kreativ aufzugreifen. Dabei können beispielsweise ganz alltägliche Unterschiede zwischen den Kulturen – Essgewohnheiten, Traditionen, Regeln – angesprochen werden. Im Mittelpunkt dieses Konzepts stehen der Spaß am Ganzen und die Transmission von kulturellen Werten in Deutschland.

6. Zielgruppenbesonderheiten

Neben Inhalten und Formaten beschäftigte sich der Workshop auch mit den Spezifika von Geflüchteten als Zielgruppe. Was muss beachtet werden bei der Umsetzung von Konzepten, wie sollen Angebote beworben werden, und welche besonderen Lebensumstände müssen bedacht werden?

Das Thema Sprache nimmt hierbei eine besondere Bedeutung ein. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass Sprachbarrieren in und mit den Bildungskonzepten abgebaut werden müssen, u.a. durch Dolmetscher*innen, eine einfache Sprache, oder Konzepte, in denen wenig Sprache erforderlich ist. Nur durch Verständigungsmöglichkeiten auf Augenhöhe lassen sich Angebote erfolgreich umsetzen, denn selbst wenn viele Geflüchtete sich schnell Deutsch-Kenntnisse aneignen, so sind die Ausdrucks- und Verständigungsmöglichkeiten, insbesondere bei komplexeren Themen, nicht mit einem Muttersprachniveau vergleichbar.



Des Weiteren sollten in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten die besonderen Lebensumstände bedacht werden. Viele Geflüchtete haben Gewalterfahrungen erlebt, leiden unter Traumata oder leben mit Ängsten und Sorgen um Familie oder Angehörige, die in ungewissen und gefährlichen Situationen leben. Hier muss eine besondere Sensibilität, insbesondere von Seminarleitung oder Referent*innen erwartet werden.

Nicht zuletzt ist zu bedenken, dass „die Geflüchteten“ keine homogene Gruppe sind. Die Erfahrungen, Sprache, Bildungsstand, Herkunft, Interessen oder soziale Milieus sind sehr unterschiedlich. Dementsprechend kann es auch nicht nur ein Angebot für Geflüchtete geben. Auch im Bereich der politischen Bildung für Geflüchtete müssen unterschiedliche Angebote entwickelt werden, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielgruppen.

Neben inhaltlicher oder methodisch-didaktischer Ausrichtung der Angebote auf die Zielgruppenbesonderheiten muss die Werbung für die Angebote der politischen Bildung für Geflüchtete auch bedacht werden. Nur durch eine gezielte Ansprache kann die Zielgruppe überhaupt erreicht werden. In der Regel ist die klassische politische Bildung ein sehr deutsches Phänomen, die etablierten Institutionen der politischen Bildung sind für viele Migrant*innen daher unbekannt, und nur sehr wenig der erwünschten Adressat*innen werden über die gängigen Kanäle erreicht. Eine gezielte Ansprache ist daher nötig. Die Angebote sollten, wenn möglich, durch direkte Ansprache, u.a. sogenannte „Brückenmenschen“, und in den Unterkünften direkt beworben werden.

7. Diskussion und Einordnung

1) Zielgruppe

Bei der Frage, welche Voraussetzungen politische Bildung für Geflüchtete erfüllen muss, wurde im Rahmen der Diskussionen schnell deutlich, dass die komplexe rechtliche Situation und die unklare Perspektive, in der sich Geflüchtete zurechtfinden müssen, ihre Lage bestimmen und sie in eine strukturell schwache Position zwingen. Existentielle Fragen und Probleme stehen zunächst im Vordergrund: Wie bzw. wann bekomme ich meine Aufenthaltserlaubnis und damit Sicherheit? Wie kann ich in einer neuen Umgebung ein neues Leben aufbauen, sowohl finanziell als auch sozial? Politische Partizipation und Engagement im engeren Sinne sind damit Themen, die für Geflüchtete zunächst sehr weit weg scheinen. So können Aufenthaltssicherheit (das Zurechtfinden im Gesetzes-Dschungel und in der deutschen Bürokratie) und das Klären von Zukunftsperspektiven als Voraussetzungen für politische Partizipation gesehen werden.

Beim Betrachten der verschiedenen Konzeptideen lassen sich daher Unterschiede in der Herangehensweise und den Schwerpunkten feststellen. Insbesondere die Konzeptideen der Menschen mit Fluchterfahrung zielen stärker auf eine Alltagsbewältigung und Fragen von Gerechtigkeit und Partizipation ab. Praktische Probleme spielen eine große Rolle und stehen im Mittelpunkt. Die Konzepte der Teilnehmenden ohne Fluchterfahrung zielen eher auf all-gemeinpolitische Fragen und Diskussionen im engeren Sinne ab. Ein interkultureller Austausch, gemeinsames Begehen und Erfahren spielen eine große Rolle.

Des Weiteren wird in den Konzeptideen deutlich, dass unterschiedlichen Situationen von unterschiedlichen Untergruppen in den Fokus genommen werden. Neben den unterschiedlichen Blickwinkeln von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung werden außerdem unter-



schiedliche Herangehensweisen von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit thematisiert. Wie im Zusammenhang der Zielgruppenbesonderheiten bereits festgestellt, wird hier nochmals bestätigt, dass die Heterogenität der Zielgruppe eine entscheidende Rolle für ein zielführendes Angebot der politischen Bildung spielt. Je nach Lebenssituation, Hintergrund oder Erfahrung unterscheiden sich die Blickwinkel und Interessen stark. Die spezifischen Problemlagen von Geflüchteten sollten in der Angebotsentwicklung individuell in den Blick genommen werden.

II) Das Politische einer politischen Bildung mit Geflüchteten

Zunächst scheint alles klar: der Gegenstand politischer Bildung ist Politik. Mit Blick auf die eben angeführten zum Teil auch auseinanderliegenden Themen und Anliegen wurde jedoch in der Gruppe diskutiert, wie weit der Politikbegriff zu fassen ist und ob Themen wie Bildungsgerechtigkeit oder interkultureller Austausch auch als politische Bildung zu verstehen sind. Diese Frage beschäftigte insbesondere die Teilnehmenden mit Fluchterfahrung. In der Gruppe haben wir uns für einen weiten Politikbegriff ausgesprochen, der sämtliche Regelungen der allgemeinen Angelegenheiten umfasst. Demnach ist es neben vielen anderen eine politische Fragestellung, wem Bildungsgerechtigkeit nicht zuteilwird oder wem politische Partizipation durch Statusunsicherheiten erschwert wird.



III) Ungleichheit und politische Bildung mit Geflüchteten

Anschließend wurde in der Gruppe diskutiert, wie man mit gesellschaftlichen Ungleichheiten umgehen kann. Denn das Versprechen der Demokratie beinhaltet auch ein Versprechen der Teilhabe und Partizipation aller Menschen. De facto führen insbesondere soziale Ungleichheiten dazu, dass dieses Versprechen nicht vollständig eingelöst wird. Auch die strukturellen Abläufe der ‚Nationalstaatlichkeit‘ gegenüber Geflüchteten wie etwa Asylverfahren, Probleme des Aufenthaltsstatus, der ‚sicheren‘ Herkunftsstaaten etc. bedingen nicht nur Unsicherheit bei den Betroffenen, sondern führen auch ganz konkret und materiell zu Ungleichheit. Nach dem Soziologen Bourdieu (2001a) kann der Ungleichheit von Individuen deshalb nicht allein mit formaler Gleichheit begegnet werden. Auch für unsere Arbeitsgruppe war es von großer Bedeutung, dass politische Bildung daher die strukturellen und sozialen Ungleichheiten der Geflüchteten in den Blick nimmt und einen Beitrag zur Demokratisierung leistet.

Darüber hinaus ist immer wieder deutlich geworden, dass Geflüchtete keine homogene Zielgruppe sind. Sie unterscheiden sich vor allem grundlegend in Bezug auf ihre soziale Herkunft und ihren Habitus. Bourdieu (1987) führt den Habitus als ‚strukturierende Struktur‘ ein, der die soziale Praxis von Individuen bestimmt, also wie diese wahrnehmen, denken und handeln. Die soziale Praxis in den Herkunftsstaaten und Herkunftsmilieus ist darüber hinaus



eine andere als die in Deutschland bzw. den sozialen Milieus in Deutschland. Als Milieus sind solche Gruppen von Menschen zu verstehen, die den gemeinsamen Code beherrschen, also einen bestimmten Typ der Lebensweise haben, der auf einem spezifischen Habitus gründet (Bremer 2006). Auch wenn es zwischen Menschen aus akademisch-intellektuellen Milieus in Syrien und Deutschland gemeinsame und geteilte Dispositionen gibt, bestimmt doch die Verfasstheit der jeweiligen nationalen Gesellschaft, wie diese zum Ausdruck kommen und welche besonders in Wert gesetzt werden. So befinden sich Geflüchtete in einer doppelten belastenden Situation. Zunächst sind sie in Deutschland losgelöst von ihrem sozialen Herkunftsmilieu und ihrer kulturellen Praxis. Zudem führen Sprachbarrieren dazu, dass sie nicht gehört und mitunter nicht ernst genommen werden. Daher haben wir in unserer Arbeitsgruppe darauf verwiesen, dass angesichts der schwächeren strukturellen Position von Geflüchteten *Misfits* und Selbstauschließungen nicht allein über eine gut gemeinte Aufklärung der Regeln in Deutschland (siehe sogenannte „Flüchtlingsleitfäden“) aufgelöst werden können, sondern durch eine strukturelle Stärkung der Geflüchteten begegnet werden müssen.

In diesem Sinne haben wir zwei Kernaufgaben für die politische Bildung mit Geflüchteten formuliert:

- Stärkung der strukturell schwächeren Situation der Geflüchteten (Empowerment und Netzwerkbildung)
- Berücksichtigung, dass unterschiedliche Lebensrealitäten und Lebensweisen unterschiedliche Zugänge zu Politik bedingen (individuelle und strukturelle Themen greifen Hand in Hand)

8. Evaluation und Ideen zur politischen Bildung mit und für geflüchtete Menschen

Die Mehrheit der Teilnehmer*innen betonte die Relevanz, dass Geflüchtete mit ihrem Erfahrungshintergrund in Seminaren der politischen Bildung eingebunden werden sollen, um offensichtliche oder verdeckte strukturelle Probleme aufzudecken. Darüber hinaus wurde angeregt, geflüchtete Menschen mit unterschiedlichen Aufenthaltsstatus in die Seminare zu integrieren.

Der Zeitaspekt des Seminars wurde wiederholt erwähnt. Zunächst wurde von vielen Teilnehmer*innen bemängelt, dass sie gerne mehr als die zwei bis vier Stunden pro Workshop gehabt hätten, da insbesondere die Diskussionen nicht ausgeführt und vertieft werden konnten. Andere betonten, dass sie den Workshop lieber komprimiert über einige Wochen anstatt über Monate gehabt hätten. Andere sahen dies jedoch als Chance, um die Beziehungen zwischen den Teilnehmenden zu intensivieren. Mehrere Teilnehmer*innen merkten auch an, dass sie gerne ein anderes Zeitformat gehabt hätten. Hier wurde insbesondere ein Wochenendblock gewünscht, da insgesamt dann mehr Zeit für informelle Gespräche zur Verfügung gewesen wäre. Zudem wurde mehrfach festgehalten, dass eine Vertiefung für einige Themenkomplexe wünschenswert gewesen wäre. Nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich habe der Workshop vielen Teilnehmenden geholfen. Herausgehoben wurde vor allem die Offenheit aller Teilnehmer*innen, sodass viele (individuelle) Probleme und Erlebnisse angesprochen werden konnten. Hier fungierte der Workshop als sicherer Raum.



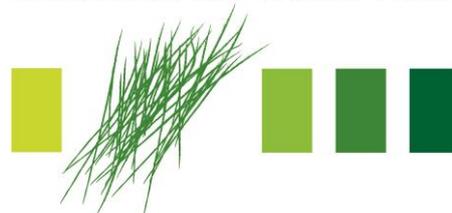
Kontakt zur Arbeitsgruppe:**Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen**

Iris Witt (iris.witt@boell-nrw.de)

& Anna Tötter (anna.toetter@boell-nrw.de)

Graf-Adolf-Straße 100

40210 Düsseldorf

Tel.: 0211. 93 65 08 0www.boell-nrw.de**HEINRICH BÖLL STIFTUNG****NORDRHEIN-WESTFALEN****(Weiterführende) Literatur:**

Bourdieu, Pierre (2001a): Die konservative Schule. In: ders.: Wie die Kultur zum Bauern kommt. Hamburg: VSA, S. 25-52.

Bourdieu, Pierre (2001b): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK (Edition discours, Bd. 29).

Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1066).

Bremer, Helmut (2006): Die Notwendigkeit milieubezogener pädagogischer Reflexivität. Zum Zusammenhang von Habitus, Selbstlernen und sozialer Selektivität. In: Friebertshäuser, Barbara/Rieger-Ladich, Markus/Wigger, Lothar (Hrsg.): Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu. Wiesbaden: VS, S. 289-308.

Bremer, Helmut & Kleemann-Göhring, Mark (2015): „Defizit“ oder „Benachteiligung“: Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Bildung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Inklusion: Wege in die Teilhabegesellschaft. Frankfurt/M.: Campus: S. 419-434.

Rancière, Jacques (2003): Politisches Denken heute, in: Lettre International, Sommer 2003

